

MORNING NEWS

20. März 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	22.839,56	-662,69	-2,82	23.502,25	DJ 30	46.021,43	-203,72	-0,44	46.225,15
MDAX	28.423,08	-1.096,34	-3,71	29.519,42	NASDAQ	24.355,28	-69,81	-0,29	24.425,09
TEC DAX	3.481,43	-115,22	-3,20	3.596,65	Nikkei 225	Börse	geschl.		
Euro Stoxx50	5.613,83	-123,02	-2,14	5.736,85	Hang Seng	25.326,04	-174,54	-0,68	25.500,58
Bund Future	126,04	0,07	0,06	125,97	Euro / US-\$	1,1554	-0,00	-0,30	1,1589
Gold in US-\$	4.692,93	42,91	0,92	4.650,02	Öl (Brent) US-\$	106,97	-1,68	-1,55	108,65
Bitcoin / US-\$	70.593,60	103,97	0,15	70.491,60	Ethereum / US-\$	2.140,23	-6,49	-0,30	2.146,67

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	23.000	+161
NASDAQ Future	24.389,00	+25,00

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	160,13	0,13	0,00	160,00	185,01	3.329.566,00
Nokia OJ	7,18	0,05	0,01	7,14	8,30	64.257.401,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Quartalsergebnisse entnehmen Sie bitte dem Anhang		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
D	PPI (m/m)	Februar	08:00	0,3% (-0,6%)
D	PPI (y/y)	Februar	08:00	-2,7% (-3,0%)
EWU	EZB Leistungsbilanz, sb	Januar	10:00	n/a (14,6) Mrd €
EWU	Handelsbilanz, sb	Januar	11:00	n/a (11,6) Mrd €
EWU	Handelsbilanz, nsb	Januar	11:00	n/a (12,6) Mrd €

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,60 (1,52)	10-jährige Bonds	-0,031	4,26%
Volumen NASDAQ	8,52 (9,30)	30-jährige Bonds	-0,578	4,84%

()=Vortag

Höhere Energiepreise und Zinssorgen haben die US-Börsen am Donnerstag erneut belastet. Der Dow Jones verlor 0,4 Prozent auf 46.021 Punkte. Der technologielastige Nasdaq gab 0,3 Prozent auf 22.091 Zähler nach und der breit gefasste S&P 500 büßte ebenfalls 0,3 Prozent auf 6606 Stellen ein.

Der **Iran** hatte mit **Raketenbeschuss** auf **Energieanlagen** in **Katar** und **Saudi-Arabien** reagiert, nachdem das iranische Erdgasfeld South Pars vermutlich durch Israel attackiert worden war. US-Präsident Donald Trump drohte dem Iran mit der vollständigen Zerstörung des Feldes, sollten weitere Angriffe auf Katar erfolgen. "Der Krieg im Iran ist aus Sicht der Finanzmärkte in eine neue Phase getreten", sagte Ricardo Evangelista, Analyst bei ActivTrades.

Händler müssten nun ein höheres Risiko einer anhaltenden Unterbrechung der Ölversorgung aus dem Persischen Golf einkalkulieren. Der Preis für das Nordsee-Öl **Brent** verteuerte sich um bis zu 10,9 Prozent auf gut 119 Dollar je Fass. Bis zum Handelsende an der Wall Street schmolz das Plus allerdings auf noch 0,2 Prozent zusammen. Seit Beginn des Krieges vor knapp drei Wochen ist der Preis wegen der Furcht vor langfristigen Versorgungsengpässen allerdings um gut 64 Prozent in die Höhe geschneit. Nach einem iranischen Angriff auf eine wichtige Anlage für Flüssigerdgas in Katar zogen auch die Erdgaspreise kräftig an. Die Reparatur der Anlagen wird nach Angaben von QatarEnergy drei bis fünf Jahre in Anspruch nehmen.

Die anziehenden Energiepreise schürten die **Inflationssorgen** der Investoren. Die **US-Notenbank** Federal Reserve hatte angesichts der unsicheren Lage eine vorsichtiger Haltung zu Zinssenkungen signalisiert. "Die Ölpreise treiben jetzt nicht nur die Aktienkurse, sondern auch die Politik der Federal Reserve", sagte Dennis Follmer, Investmentchef bei Montis Financial. "Auch wenn dies ein kurzfristiges Phänomen sein mag, ist es das, womit sich der Markt derzeit befasst." Händler rechnen nicht mehr mit einer Zinssenkung in diesem Jahr, und die von der LSEG zusammengestellten Daten deuten nun auf eine Zinssenkung erst Mitte 2027 hin.

Der steigende Ölpreis lieferte US-Energiewerten Auftrieb. Zu den größten Gewinnern gehörten die Aktien von **APA Corp** mit einem Plus von 3,9 Prozent. Die Papiere des Branchenriesen **Chevron** stiegen um 1,4 Prozent.

Auch eine starke Prognose von **Micron Technology** konnte die Stimmung nicht aufhellen. Die Aktien des Chipherstellers tauchten um 3,8 Prozent ein. Anleger sahen angesichts der erhöhten Kreditkosten die höheren Ausgabenpläne des Unternehmens kritisch.

Sinkende Goldpreise zogen die Aktien von Minengesellschaften in den Keller. **Sibanye Stillwater** sackten um 10,7 Prozent ab. **Gold** verbilligte sich um 3,3 Prozent je Feinunze. Das Edelmetall wird als Absicherung gegen Inflation und geopolitische Turbulenzen geschätzt, verliert aber als zinslose Anlage in Zeiten hoher Zinsen tendenziell an Attraktivität.

US Unternehmen

Amazon-Gründer **Jeff Bezos** plant einem Zeitungsbericht zufolge einen 100 Milliarden Dollar schweren **Fonds für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz** (KI) in der **Fertigungsindustrie**. Das "*Wall Street Journal*" (WSJ) berichtete am Donnerstag, Ziel sei es, Unternehmen zu übernehmen und deren Automatisierung voranzutreiben. Bezos führe bereits Gespräche mit großen Vermögensverwaltern. Zudem sei er vor einigen Monaten in den Nahen Osten gereist, um bei dortigen Staatsfonds um Kapital zu werben. In Investorenunterlagen werde das Vorhaben als "Instrument zur Transformation der Fertigung" beschrieben. Im Fokus stünden Branchen wie die Chipherstellung, die Rüstungsindustrie sowie die Luft- und Raumfahrt.

Der US-Logistikkonzern **Fedex** hat trotz der wirtschaftlichen Unsicherheiten infolge der Kriege im Nahen Osten und der Ukraine sowie der US-Zollpolitik die **Gewinnprognose** für das bis Ende Mai laufende Geschäftsjahr erhöht. Grund für die erhöhte Prognose sind die Fortschritte beim Netzwerk-Umbau sowie beim Sparprogramm. Beim um Sondereffekte bereinigten Gewinn je Aktie werde im Geschäftsjahr 2025/26 jetzt ein Anstieg auf 19,30 bis 20,10 Dollar erwartet, teilte der DHL- und UPS-Konkurrent am Donnerstag nach Börsenschluss in Memphis mit. Bislang hatte der Konzern mit maximal 19 Dollar gerechnet. Die neue Prognose liegt zudem über der bisherigen Erwartung der Experten. Die Aktie legte nachbörslich acht Prozent zu. Neben der erhöhten Prognose überzeugten die Investoren auch die Quartalszahlen. Diese fielen besser als erwartet aus (dpa/AFX).

Der Facebook-Konzern **Meta** wird nach dem Einschreiten von Nutzern ihre verlustreiche virtuelle 3D-Welt **Horizon Worlds** doch nicht komplett dichtmachen. Für den Zugang zu bereits veröffentlichten Spielen werde die Plattform in virtueller Realität auf absehbare Zeit weiter verfügbar bleiben, kündigte Meta-Technikchef Andrew Bosworth in einem Instagram-Video an (dpa/AFX).

Marktmeldungen

In **Japan** bleiben die Börsen heute aufgrund eines **Feiertags** geschlossen.

An den **Derivatebörsen** findet heute der **große Verfall** (*Hexensabbat*) statt.

Die **Steuereinnahmen** von **Bund und Ländern** sind in den ersten beiden Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht gesunken. Sie fielen um 0,8 Prozent auf knapp 135 Milliarden Euro, wie aus dem Monatsbericht des Bundesfinanzministeriums hervorgeht, der am Freitag veröffentlicht werden soll. Im Februar allein stiegen die Einnahmen allerdings um 1,6 Prozent auf gut 70 Milliarden Euro. Ohne Sondereffekte hätte es ein noch deutlicheres Plus von 6,5 Prozent gegeben. Für das Gesamtjahr rechnen Experten mit einem Plus von knapp drei Prozent. Die Entwicklung im Februar wurde vor allem von einem kräftigen Zuwachs bei der Lohnsteuer um 4,5 Prozent getragen - Folge der deutlichen Lohnsteigerungen in jüngster Zeit. Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge legten sogar um 27,1 Prozent zu (Reuters).

Kanzler Friedrich Merz erwartet durch den Iran-Krieg einen leichten Anstieg der **Inflation**. Er verweist nach Ende des EU-Gipfels auf eine entsprechende Einschätzung der Europäischen Zentralbank. "Wenn dieser Konflikt schnell beendet ist, dann lassen sich die Auswirkungen relativ schnell auch abschließend beurteilen und bewerten", fügt er hinzu. Wenn der Krieg länger dauere, sei die weitere Entwicklung auch der Inflation aber nur schwer abschätzbar (Reuters).

Die Industriestaaten-Organisation **OECD** rät der **deutschen Politik** von Maßnahmen wie **Tankrabatt** oder höherer **Pendlerpauschale** als Antwort auf gestiegene Energiepreise ab. "Diese Forderungen sind natürlich verständlich, da die höheren Benzin- und Dieselpreise die Kaufkraft der Haushalte verringern", sagte der Deutschland-Experte der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Robert Grundke, am Freitag der Nachrichtenagentur *Reuters*. "Allerdings kosten diese Maßnahmen auch eine Menge Geld."

Die **EU** hat ihre Bereitschaft erklärt, bei der Sicherung der Schifffahrt in der **Straße von Hormus** Hilfe zu leisten, knüpft dies aber an nicht näher genannte Bedingungen. "Der Europäische Rat begrüßt ferner die von den Mitgliedstaaten angekündigten verstärkten Anstrengungen, unter anderem durch eine verstärkte Koordinierung mit Partnern in der Region, um die Freiheit der Schifffahrt in der Straße von Hormus zu gewährleisten - sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind", heißt es in der am Donnerstagabend verabschiedeten Gipfelerklärung in Brüssel. Die EU-Missionen "Aspides" und "Atalanta" sollen ausgebaut werden (Reuters).

Portugal macht den Weg frei für eine **vorübergehende Begrenzung der Strompreise** für Haushalte und die meisten Unternehmen. Der Großhandelspreis auf der Iberischen Halbinsel liege derzeit jedoch weit unter dem dafür nötigen Schwellenwert, teilt die Regierung mit. Der Mechanismus soll greifen, wenn die Endkundenpreise um mehr als 70 Prozent steigen oder mehr als zweieinhalbmals so hoch liegen wie der Fünf-Jahres-Durchschnitt. In einem solchen Fall würde eine Energiekrise ausgerufen, erklärte Präsidialminister Antonio Leitaõ Amaro. Dies ermögliche Maßnahmen wie Preissenkungen unter die Produktionskosten. Die Preisobergrenzen wären an Sparvorgaben geknüpft: Haushalte müssten ihren Verbrauch auf 80 Prozent des Vorjahresniveaus senken, Unternehmen auf 70 Prozent. Portugal bezieht 79 Prozent seines Stroms aus Erneuerbaren (Reuters).

Kanada testet die Abschaffung der vierteljährlichen **Berichtspflicht für kleinere börsennotierte Unternehmen**. Die Dachorganisation der kanadischen Wertpapieraufsichtsbehörden (CSA) kündigte am Donnerstag ein Pilotprojekt an, das es bestimmten Firmen freistellt, ihre Geschäftszahlen nur noch halbjährlich vorzulegen. Davon profitieren sollen Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als zehn Millionen kanadischen Dollar (7,3 Millionen Dollar), die an den Börsen TSX Venture Exchange oder CNSX Markets gelistet sind und ihren Berichtspflichten seit mindestens zwölf Monaten ununterbrochen nachgekommen sind. Damit solle der regulatorische Aufwand verringert werden, ohne den Anlegerschutz zu gefährden, sagte CSA-Chef Stan Magidson (Reuters).

Frankreichs Außenminister Jean-Noël Barrot reist am Freitag überraschend nach **Israel**. Wie das Außenministerium in Paris mitteilt, will Barrot mit der israelischen Führung über die regionale Sicherheit, humanitäre Hilfe und eine

Deeskalation im Nahen Osten sprechen. Er trifft aus Beirut ein, wo er sich um eine Waffenruhe im Libanon bemüht hat (Reuters).

Der **britische Premierminister** Keir Starmer verurteilt die **iranischen Angriffe auf die Gasinfrastruktur in Katar**. Solche rücksichtslosen Angriffe hätten das Risiko, die Region am Persischen Golf weiter in die Krise zu stürzen, sagt Starmer seinem Büro zufolge in einem Telefonat mit dem Emir von Katar, Scheich Tamim bin Hamad al-Thani. Großbritannien werde weiterhin an der Seite Katars und seiner Verbündeten am Golf stehen, sichert Starmer demnach zu (Reuters).

Die **Vereinigten Arabischen Emirate** (VAE) haben nach eigenen Angaben ein von der libanesischen **Hisbollah** und dem **Iran** finanziertes und betriebenes **Terrornetzwerk** zerschlagen und dessen Mitglieder festgenommen. Dem Netzwerk werden Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und die Bedrohung der nationalen Sicherheit vorgeworfen, meldet die staatliche Nachrichtenagentur. "Das Netzwerk war im Land unter dem Deckmantel einer Scheinfirma tätig und versuchte, die Volkswirtschaft zu unterwandern sowie externe Vorhaben auszuführen, die die Finanzstabilität des Landes bedrohten", berichtet die Nachrichtenagentur (Reuters).

Ein **israelischer Angriff im Südlibanon** legt nach Angaben des staatlichen libanesischen Stromversorgers ein wichtiges **Umspannwerk** lahm. Durch den Angriff seien verschiedene Teile des Werks in Bint Dschbeil beschädigt worden, teilt das Unternehmen mit. Dies beeinträchtige die Stromversorgung in der Stadt und den umliegenden Orten. Eine Stellungnahme des israelischen Militärs liegt zunächst nicht vor (Reuters).

Die **iranischen Revolutionsgarden** haben nach eigenen Angaben **Raffinerien in Israel** mit **Raketen** angegriffen. Die Anlagen in Haifa und Aschdod seien getroffen worden, teilt die Eliteeinheit mit. Das israelische Energieministerium hat nur von einem Angriff auf die Ölraffinerie in Haifa gesprochen (Reuters).

US-Präsident Donald Trump will wohl doch keine weiteren **Soldaten** für den **Krieg gegen den Iran** in den Nahen Osten entsenden. "Ich schicke nirgendwo Truppen hin", sagt Trump im Weißen Haus vor der Presse auf eine entsprechende Frage. "Wenn ich es täte, würde ich es Ihnen sicher nicht sagen. Aber ich schicke keine Truppen." Die Äußerung steht im Widerspruch zu einem *Reuters*-Bericht vom Vortag, wonach die US-Regierung die Entsendung von Tausenden Soldaten zur Verstärkung des Einsatzes gegen den Iran erwägt. Reuters berief sich dabei auf einen US-Regierungsvertreter sowie drei mit der Angelegenheit vertraute Personen.

Israel hat dem israelischen Militär zufolge eine **neue Angriffswelle** auf den **Iran** gestartet. "Die IDF hat soeben mit einer Welle von Angriffen gegen die Infrastruktur des iranischen Terrorregimes im Herzen von Teheran begonnen", teilt ein Militärsprecher mit. Gleichzeitig melden Bahrain, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate am frühen Morgen Raketenangriffe. US-Präsident Donald Trump hatte Israel am Donnerstag davor gewarnt, seine Angriffe auf die iranische Erdgasinfrastruktur zu wiederholen (Reuters).

Israel hat Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zufolge das **iranische Erdgasfeld South Pars** im Alleingang angegriffen. **US-Präsident** Donald Trump habe Israel darum gebeten, von weiteren derartigen Einsätzen abzusehen, sagt Netanjahu bei einer Pressekonferenz. Trump selbst hat erklärt, er habe nichts von dem Angriff gewusst. Israelische Regierungsvertreter, die nicht namentlich genannt werden wollten, haben der Nachrichtenagentur *Reuters* dagegen gesagt, der Einsatz sei mit den USA abgesprochen gewesen.

Der **Iran** ist nach **Darstellung des israelischen Ministerpräsidenten** Benjamin Netanjahu nicht mehr in der Lage, **Uran** anzureichern oder **ballistische Raketen** herzustellen. Es sei noch zu früh, um sagen zu können, ob sich die iranische Bevölkerung gegen die Regierung erheben werde, sagt Netanjahu auf einer Pressekonferenz (Reuters).

Die **Benzinpreise** in den **USA** steigen im laufenden Monat um mehr als 30 Prozent und nähern sich der psychologisch wichtigen Marke von vier Dollar pro Gallone (etwa 0,91 Euro je Liter). Seit dem Angriff der USA und Israels auf den Iran Ende Februar klettert der Durchschnittspreis an den Zapfsäulen nach Angaben des Automobilclubs AAA um rund 90 Cent auf 3,88 Dollar je Gallone. Benzin werde voraussichtlich in der kommenden Woche die Marke von vier Dollar erreichen

und könnte auf 4,10 Dollar und mehr steigen, schreibt der Analyst Patrick De Haan vom Portal GasBuddy auf der Plattform X. Vor den Kongresswahlen im November ist die Teuerung ein zentrales Thema in den USA (Reuters).

Das **US-Militär** probt einem hochrangigen General zufolge keine Invasion **Kubas**. Das zuständige US-Militärkommando bereite sich auch nicht aktiv auf eine militärische Einnahme der Insel vor, sagte General Francis Donovan am Donnerstag bei einer Anhörung im Senat. Die USA seien jedoch bereit, auf Bedrohungen für ihre Botschaft zu reagieren und bei der Bewältigung einer Massenflucht von der Insel zu helfen (Reuters).

Die **Ukraine** muss weiter auf den zugesagten **90-Milliarden-Euro-Kredit** der **EU** warten. Der **ungarische Ministerpräsident** Viktor Orban verhinderte auf dem **EU-Gipfel** am Donnerstag in Brüssel nach Angaben mehrerer EU-Diplomaten die Auszahlung. Etliche EU-Regierungen hatten den im Wahlkampf befindlichen Moskau-nahen und nationalistischen Orban dafür schon vor Beginn des Gipfels scharf kritisiert. Der niederländische Ministerpräsident Rob Jetten etwa sprach von "Erpressung". In einer von 25 der 27 Regierungen getragenen Erklärung hieß es am Donnerstag lediglich: "Es ist entscheidend in diesem Kontext, sicherzustellen, dass die Ukraine die Haushaltsmittel und militärischen Mittel hat, um sich selbst zu verteidigen und sich gegen Russlands Aggression zu wehren und dagegenzuhalten." Ein EU-Beamter fasste die Beratungen mit den Worten zusammen: "Sie haben es versucht. Sie sind gescheitert." (Reuters).

Nach einer Pause wegen des Iran-Kriegs setzt der **ukrainische Präsident** Wolodymyr Selenskyj auf **neue Gespräche** mit den **USA** über ein Ende des **russischen Angriffskriegs** in seinem Land ab Samstag. Er habe entsprechende Signale aus den USA empfangen, sagte Selenskyj in seiner abendlichen Videobotschaft aus Kiew. "Es gab eine Verhandlungspause, nun ist es Zeit, sie zu beenden." Die Gruppe ukrainischer Unterhändler, die für den politischen Teil der Gespräche zuständig ist, sei bereits auf dem Weg in die USA. Selenskyj sagte, er habe mit dem Sekretär des Sicherheitsrates, Rustem Umjerow, seinem Stabschef Kyrjlo Budanow und anderen Vertretern die Linie abgesprochen (dpa/AFX).

China hatte seine wichtigen **Kreditzinsen** am Freitag den zehnten Monat in Folge unverändert gelassen. Der Schritt entsprach den Markterwartungen. Der einjährige Referenzzinssatz für Bankkredite (LPR) wurde bei 3,0 Prozent belassen, der fünfjährige bei 3,5 Prozent. Experten verweisen auf die durch den Nahost-Krieg gestiegenen Ölpreise, die die Inflation anfachen. Zudem verringerten überraschend gute Wirtschaftsdaten für Januar und Februar die Dringlichkeit für Maßnahmen zur Unterstützung der Konjunktur (Reuters).

Industrie

Der **Börsengang** des norddeutschen Rüstungszulieferers **Vincorion** ist perfekt. Das Unternehmen aus Wedel bei Hamburg platzierte binnen drei Tagen knapp 20,3 Millionen Aktien aus dem Besitz seines Großaktionärs für insgesamt 345 Millionen Euro bei Investoren, wie Vincorion am Donnerstagabend mitteilte. Die Emission sei mehr als zehnmals überzeichnet gewesen, sagte ein Insider. Die begleitenden Banken hatten die Bücher deshalb schon vorzeitig geschlossen. Vincorion hatte die Papiere zum Festpreis von je 17 Euro angeboten. Damit wird das Unternehmen mit 850 Millionen Euro bewertet. Die Vincorion-Aktie soll am heutigen Freitag erstmals an der Frankfurter Börse gehandelt werden (Reuters).

Öl & Gas

Der **Ölpreis** könnte laut Angaben von Ölvertretern in Saudi-Arabien auf über 180 Dollar pro Barrel steigen, falls die Störungen durch den Iran-Krieg bis Ende April anhalten. Dies berichtet die US-Zeitung "*Wall Street Journal*".

Die **USA** haben eine **neue Lizenz** für den **Verkauf von russischem Öl** erlassen, um die durch den Nahost-Konflikt gestiegenen Energiepreise zu dämpfen. Die neue Regelung ersetzt eine frühere und ist bis zum 11. April gültig, teilt das US-Finanzministerium mit. Geschäfte mit Nordkorea, Kuba und der Krim sind davon jedoch ausgeschlossen (Reuters).

Der teilstaatliche Energie- und Chemiekonzern **OMV** und die staatliche **Abu Dhabi National Oil Company** (ADNOC) haben den Börsengang ihres Joint Ventures **Borouge Group International** (BGI) auf 2027 verschoben. Das teilten die beiden Unternehmen am Donnerstag mit. Die Zusammenlegung der OMV-Tochter Borealis, der ADNOC-Tochter Borouge und der

zugekauften Nova Chemicals wird bis Ende März erwartet, vorbehaltlich üblicher Bedingungen. Darüber hinaus sei eine Anpassung der Dividende der BGI vereinbart worden. Die OMV erhält demnach für 2026 eine Ausschüttung von 250 Millionen US-Dollar (217 Mio Euro), statt der bisher angenommenen 500 Millionen Dollar. Die Auswirkung auf die OMV-Dividende beziffert das Unternehmen auf rund 0,6 bis 0,7 Euro je Anteilsschein (dpa/AFX).

Die **kuwaitische Öltraffinerie Mina Al-Ahmadi** ist am frühen Morgen von mehreren **Drohnen** angegriffen worden. Dabei sei in einigen Anlagen ein Feuer ausgebrochen, berichtet die staatliche Nachrichtenagentur unter Berufung auf den Ölkonzern KPC. Verletzte wurden demnach zunächst nicht gemeldet. Die Feuerwehr sei sofort im Einsatz gewesen. Mehrere Anlagen seien vorsorglich abgeschaltet worden, um die Sicherheit der Arbeiter zu gewährleisten (Reuters).

Technologie

Der Dortmunder Chiphersteller **Elmos** könnte Insidern zufolge demnächst den **Besitzer** wechseln. Die Gründer erwägen einen Ausstieg bei dem Chipzulieferer für die Autoindustrie, wie mehrere mit der Angelegenheit vertraute Personen der Nachrichtenagentur *Reuters* sagten. Elmos habe die Investmentbank Morgan Stanley damit beauftragt, den Verkaufsprozess zu begleiten. Es liefen erste Gespräche, unter anderem mit großen Halbleiter-Konzernen, betonte einer der Insider. Der Konkurrent **Infineon** oder **Qualcomm** aus den USA wären logische Kandidaten für eine Übernahme. Eine endgültige Entscheidung zugunsten eines Verkaufs sei aber noch nicht gefallen.



STEBING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigelegten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

